



Dr. Martina Bunge  
Mitglied der Linksfraktion im Bundestag  
Vorsitzende des Gesundheitsausschusses

20. März 2007

## Reform mit Risiken und Nebenwirkungen

Auch wenn ihre Umsetzung mit dem 1. April beginnt – die Gesundheitsreform ist alles andere als ein Spaß. Das werden vor allem alte Menschen, chronisch Kranke, überhaupt alle Pflichtversicherten bald feststellen müssen.

**Die Reform ist unsozial** und gefährdet Teile der Gesundheitsversorgung. Der Anspruch – die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung nachhaltig zu sichern – wird nicht realisiert. Die Private Krankenversicherung bleibt unangetastet. Einkommen aus Kapital- oder Mieteinnahmen werden weiterhin nicht berücksichtigt. Die Beitragsbemessungsgrenze wurde ebenfalls nicht angehört. Fehlanzeige also, was die Einbeziehung hoher und sehr hoher Einkommen angeht.

Es gibt aber auch einige positive Neuerungen: Reha-Maßnahmen, Sterbebegleitung, Mutter-Vater-Kind-Kuren und empfohlene Schutzimpfungen zahlen künftig die Kassen. Häusliche Krankenpflege wird auch in neuen Wohnformen und in Heimen übernommen. Das ist gut. Schlecht ist, dass diese Leistungen vor allem von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen finanziert werden.

### *Zu den Belastungen:*

Wie bei der Autoversicherung wird es „**Kasko-Tarife**“ geben. „Teilkasko“ für Gesunde, die dadurch sparen (und sich möglicherweise krank sparen). „Vollkasko“ für Kranke. Das Geld der Gesunden fehlt der Kasse, die es sich von den Kranken wieder holt.

Mit dem geplanten **Gesundheitsfonds** fließen alle Gelder in einen Topf, woraus die Kassen eine gleich hohe Pauschale pro Versichertem erhalten sollen. Kassen mit vielen Älteren und chronisch Kranken werden damit nicht auskommen und müssen dann einen **Zusatzbeitrag** erheben: Entweder sie kassieren von allen einen prozentualen Betrag vom Bruttoeinkommen (dieser wurde zunächst auf ein Prozent begrenzt) oder aber einen Festbetrag. Bis zu acht Euro können ohne Prüfung der Einkommensverhältnisse verlangt werden. Das heißt, ausgerechnet bei den Ärmsten der Armen wird besonders zugelangt. Die Arbeitgeber bleiben hier ganz draußen. Damit ist die paritätische Finanzierung endgültig ausgehebelt.

Es wird das so genannte **Selbstverschuldensprinzip** eingeführt. Wenn nach Piercings oder Schönheitsoperationen medizinische Behandlungen notwendig werden, sollen Betroffene selbst zahlen. So ein Prinzip kann rasch weiter ausgelegt werden. Es ist eine Frage der Zeit, wann beispielsweise der Gesäßumfang für die Beitragshöhe oder Zuzahlungen herangezogen wird. Nach einem Unfall könnte es beim Notarzte dann heißen: „Hatten Sie Vorfahrt?“

Über die **Steuern** will die Bundesregierung mehr Geld in die Krankenversicherung stecken. Tatsächlich verringert sie trotz guter Steuerprognosen aber erst einmal die Bezuschussung.

Wer die Teilnahme an Maßnahmen der **Früherkennung**, zum Beispiel Brust- und Prostatakrebsuntersuchungen, nicht nachweisen kann, wird im Falle einer Krebserkrankung von der Chronikerregelung ausgeschlossen und quasi mit der **doppelten Zuzahlung** bestraft.

Auch dem **Ärztmangel** vor allem in ländlichen Gebieten Ostdeutschlands wird unzulänglich begegnet. Zuschläge allein reichen nicht. Erforderlich ist die rasche Angleichung der Vergütung.

Die Fraktion DIE LINKE. hat im Bundestag gegen dieses unsoziale Gesundheitsreformpaket gestimmt. Wir setzen für die Finanzierung der Krankenkassen und für eine umfassende gesundheitliche Versorgung aller Menschen auf eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung – **von allen für alle.**

## Nein zur Rente erst ab 67

Vor 91 Jahren, 1916, wurde das Renteneintrittsalter von 70 auf 65 Jahre gesenkt. Jetzt, 2007, geht es um eine Erhöhung. Sie erfolgt schrittweise ab 2012 – bis es 2029 im Normalfall erst ab 67 Rente gibt.

Meine Fraktion, DIE LINKE., hat sich im Bundestag als einzige entschieden gegen diesen Plan der Bundesregierung gestellt. Wir halten diese Anhebung vor allem für ein Rentenkürzungsprogramm. Für die junge Generation bedeutet dieses Vorhaben noch geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Befürworter der Rente erst ab 67 bringen vor allem zwei Argumente vor: Sie verweisen darauf, dass die Menschen immer älter werden und immer früher in den Ruhestand gehen und deshalb die Rentenbezugszeiten immer länger werden. Diesen höheren Ausgaben, so das zweite Argument, würden immer weniger Einnahmen gegenüberstehen.

Tatsächlich sind viele Menschen schon vor dem 65. Lebensjahr nicht mehr in Arbeit. Das hängt erstens damit zusammen, dass viele einfach krank sind und nicht mehr arbeiten können. Hohe physische und psychische Belastungen im Beruf führen häufig zu Frühverrentungen. Zweitens hat der frühe Rentenbeginn mit der hohen Erwerbslosigkeit unter Älteren zu tun. Um den Arbeitsmarkt zu entlasten, hat die Bundespolitik in den 90er Jahren die Frühverrentung massiv gefördert. Stattdessen hätte sie mehr tun müssen, damit Menschen in Arbeit kommen – durch öffentliche Investitionen und öffentlich geförderte Beschäftigung, Verkürzung der Arbeitszeit und Überstundenabbau. Mehr Beschäftigung bedeutet mehr Geld in der Rentenkasse. Diesen Effekt hätten auch höhere Löhne und Gehälter. Deshalb ist ein Mindestlohn von acht Euro, wie ihn die Linke fordert, zusätzlich gut für die Rente.

Was so gut wie gar nicht zur Sprache kommt, ist der Stand der Produktivität. In gleicher Zeit werden immer mehr Produkte hergestellt und Dienstleistungen verrichtet. Dieses qualitative Wachstum findet bisher keine Berücksichtigung. Deshalb ist zum einen die Ausweitung der gesetzlichen Rentenversicherung über die Arbeitnehmerschaft hinaus erforderlich. 40 Prozent der Einkommen stammen heute aus Selbstständigkeit, Unternehmertum und Vermögen, wofür keine Rentenbeiträge fließen. Die Einbeziehung aller Erwerbstätigen – schrittweise eingeführt – wäre deshalb wichtig.

Zum anderen richten sich seit Bismarcks Zeiten die von den Firmen abzuführenden Sozialbeiträge nach der Lohnsumme. Das begünstigt die Unternehmen, die hohe Gewinne mit wenigen Beschäftigten erzielen. Firmen mit hoher Personalintensität hingegen werden benachteiligt. Wir schlagen deshalb eine Wertschöpfungsabgabe vor, die auf Unternehmerseite den Gewinn zum Maßstab der Sozialbeiträge macht.

Eine sozial gerechte Rentenversicherung macht eine Anhebung des Renteneintrittsalters überflüssig. Nötig wären stattdessen eine Flexibilisierung des Rentenalters und eine abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente.

## Alkoholverbot für Jugendliche unter 18 Jahren

Ich bin dafür, den Verkauf und Ausschank von Alkohol an Jugendliche unter 18 Jahren generell zu verbieten. Das ist sinnvoller, als halbweiche Gesetze, wie wir sie jetzt haben. Ein striktes Verbot würde verhindern, dass die gestaffelten Verbote laut Jugendschutzgesetz – ab 14 Jahren dürfen Jugendliche in Gegenwart der Eltern Bier, Wein und Mixgetränke kaufen, ab 16 ohne Begleitung und ab 18 auch Hochprozentiges – zu lasch umgesetzt werden. Zugleich ist das gestaffelte Verbot deutlich schwerer durch die Behörden zu kontrollieren, als dies bei einer einheitlichen Regelung der Fall wäre. Eine entsprechende Gesetzesänderung könnte ein nötiger und wichtiger „Schuss vor den Bug“ der Gesellschaft sein, die den Konsum von so genannten legalen Drogen wie Alkohol bagatellisiert. Den Vorschlag, so genannte Flatrate-Angebote als unlautere Werbung und zugleich unlauteren Wettbewerb zu verbieten, halte ich für unnötig. Es ist schon jetzt auf Basis des Jugendschutzgesetzes möglich, bei diesen Veranstaltungen einzugreifen. Für sinnvoll halte ich auch eine höhere Alkoholsteuer. Sie würde alkoholische Getränke verteuern und sollte als finanzielle Basis für mehr Prävention dienen.

### Bundestagsbüro

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 22770067  
Fax: 030 22775076  
marina.bunge@bundestag.de

### Wahlkreisbüros in Wismar, Rostock, Pärthim, Lübz, Großmühlen und Eitzbüsch

Lübische Straße 97  
23944 Wismar  
Telefon: 03841 325993  
Fax: 03841 325994

Big Mühle  
Mobil: 0171 3404140  
marina.bunge@wk2.bundestag.de

Rainer Rauschk  
Mobil: 0172 3201819  
marina.bunge@wk2.bundestag.de

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG